

"Erlauben" vs. "nicht erlauben" oder "verbieten": wie sich unterschiedliche Frage-Alternativen auf das Antwortverhalten auswirken

Reuband, Karl-Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reuband, K.-H. (2001). "Erlauben" vs. "nicht erlauben" oder "verbieten": wie sich unterschiedliche Frage-Alternativen auf das Antwortverhalten auswirken. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 48, 56-70. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-199217>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

„Erlauben“ vs. „nicht erlauben“ oder „verbieten“? Wie sich unterschiedliche Frage-Alternativen auf das Antwortverhalten auswirken

von Karl-Heinz Reuband¹

Zusammenfassung

Untersucht wird auf der Basis einer lokalen Bevölkerungsumfrage, wie sich unterschiedlich ausformulierte Fragealternativen auf das Antwortverhalten auswirken. Dies geschieht am Beispiel der klassischen Formulierung des „Erlauben vs. Verbieten“. Im Gegensatz zu früheren Überprüfungen werden die jeweiligen Alternativen in der Untersuchung nicht einseitig, sondern gemäß den Regeln für Frageformulierungen zweiseitig ausformuliert: „erlauben vs. nicht erlauben“ und „erlauben vs. verbieten“. Je nach Fragefassung variiert der Anteil derer, die sich für das Erlauben aussprechen. Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen sind es die Befragten mit weiterführender Bildung und mit besserem Frageverständnis, die überproportional Unterschiede zwischen den Begrifflichkeiten machen. Möglicherweise haben frühere Untersuchungen andere Ergebnisse erbracht, weil in ihnen die Antwortalternativen unzulässigerweise einseitig ausformuliert waren.

Abstract

On the basis of a local population survey it is investigated how respondents respond to differently worded questions. This is done on the basis of the classical „allow/forbid“ question. In contrast to earlier research the response alternatives are not specified one-sidedly but both-sidedly (as required by the rules for question wording): „allow-not allow“ and „allow-forbid“. Depending on the wording the responses vary. In contrast to earlier research the higher educated and those with greater linguistic competence differentiate most between the question-versions. It is possible that earlier research has shown different results because the response alternatives were formulated one-sidedly.

¹ Prof. Dr. **Karl-Heinz Reuband**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Sozialwissenschaftliches Institut.
E-mail: reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de

1. Frageformulierungen und ihre Effekte

Über die Auswirkungen von Frageformulierungen auf das Antwortverhalten und den Prozeß, der das Antwortverhalten bestimmt, weiß man bislang wenig genaues (vgl. auch *Turner* und *Martin* 1984: 279, *Sudman* et al. 1996: 1). Und dies, obwohl zahlreiches Material über Frageeffekte existiert. Nach wie vor gilt, was *Donald Rugg* und *Hadly Cantril* einst Ende der 40er Jahre über die USA schrieben: Daß die „Veranstalter“ von Umfragen ihr Material ohne systematische Nebenideen gesammelt hätten, diese Ergebnisse über ein weites Gebiet verstreut seien und oft auch keine allgemeinen Schlußfolgerungen erlauben würden (*Rugg* und *Cantril* 1965: 87). Zwar hat es in den letzten Jahren nach einer relativ langen Zeit der Abstinenz im Rahmen der „kognitiven Wende“ in der Psychologie und der Umfrageforschung neue Impulse gegeben. Versuche einer Systematisierung von Befunden (vgl. u.a. *Sudman* et al. 1996) wurden daraufhin ebenso unternommen wie neue Studien (vgl. u.a. *Tanur* 1992, *Schwarz* und *Sudman* 1996, *Lyberg* et al. 1997, *Sirken* et al. 1999). Doch nach wie vor gibt es erhebliche Defizite: es mangelt an einer breit angelegten, kumulativen und kontinuierlichen Forschung auf der Basis von Experimenten, in denen versucht wird, sowohl Effekte von Frageformulierungen als auch spezifische Hypothesen über den Prozeß der Beantwortung, u.a. über Split-Ballot Verfahren, zu testen.

Besonders in der Bundesrepublik ist diese Situation der Vernachlässigung ausgeprägt. Bei den kommerziellen Instituten gelten Experimente über Frageformulierungen gewöhnlich als Luxus, der im normalen Umfragebetrieb nicht erforderlich sei. Und für die Auftraggeber erscheinen sie ohnehin als problematisch, sind sie doch geeignet, die erhobenen Daten in Frage zu stellen. Bei den akademischen Institutionen wiederum fehlt es in der Regel an den Möglichkeiten, Experimente auf einer breiteren Basis durchzuführen. Wenn man auf die knappen Ressourcen bei inhaltlich ausgerichteten Forschungsprojekten zurückgreift, will man diese nicht für Experimente einsetzen, würden doch dadurch die Fallzahlen der Untersuchung für inhaltliche Analysen reduziert werden.

Nur wenige Forscher, die im kommerziellen Bereich angesiedelt sind, sich aber auch gleichzeitig akademischen Perspektiven verpflichtet fühlten – wie insbesondere *Elisabeth Noelle-Neumann* vom Institut für Demoskopie (vgl. u.a. *Noelle-Neumann* und *Petersen* 1998) – machen eine Ausnahme. Sie sind zu entsprechenden Untersuchungen in der Lage, weil sie über hinreichend viele Möglichkeiten verfügen, um im Kontext inhaltlicher Studien Fragebogenexperimente durchzuführen und weil gleichzeitig ein akademisch geprägtes Interesse an der Weiterentwicklung des Wissens über die Umfrageforschung besteht. Freilich: nur ein Teil dieser Experimente ist publiziert worden. Und dies ist im Rahmen des

täglichen Routinebetriebes kommerziell ausgerichteter Institute oft auch gar nicht anders möglich.²

Befremdlicher ist der Mangel im akademischen Bereich. Trotz mancher vielversprechender Ansätze fehlt es an einer akademisch ausgerichteten, breit angelegten Methodenforschung, die sich auf grundlegende Probleme von Umfragen und ihrer Praxis bezieht.³ Dabei bedarf es nicht notwendigerweise repräsentativer Daten. Es genügen oft Daten der Allgemeinbevölkerung auf lokaler Ebene – ob auf der Basis einer Random- oder Quotenstichprobe, ist dabei gleichgültig. Studenten, auf die gelegentlich zugegriffen wird (z.B. *Krosnick* 1992) – womöglich gar Studenten der Sprachwissenschaften (z.B. bei *Holleman* 2000: 50) – sind demgegenüber problematisch.

Studenten stellen ein höchst selektives Abbild der Bevölkerung dar: nicht nur, weil sie über höhere Bildung verfügen, sondern auch, weil sie überproportional aus höheren Bildungsschichten stammen und diese einen anderen Sprachgebrauch kultivieren als die Angehörigen mittlerer und unterer Schichten (vgl. z.B. *Steinkamp* 1980: 260). Noch stärker dürften die Verzerrungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sein, wenn man Studenten der Sprachwissenschaften heranzieht, die in besonderem Maße auf Nuancen in der Sprachverwendung hin trainiert sind. Auf Daten aus der Allgemeinbevölkerung kann man, mit anderen Worten, bei derartigen Experimenten in der Regel nicht verzichten.

2. „Erlauben“ oder „Verbieten“ als Fragebestandteil

Die lange Vernachlässigung der Methodenforschung zu Fragen der Datenerhebung hat dazu geführt, daß bedeutsame Experimente aus der Frühzeit der Umfrageforschung nicht weiterverfolgt und weiterentwickelt wurden. Der Mangel an Kontinuität in der Methodenforschung gilt auch für das inzwischen fast schon „klassische“ Beispiel aus der älteren Methodenliteratur, in dem es um die Begriffsverwendung für identische (oder vermeintlich identische) Sachverhalte geht: die Verwendung der Begriffe „erlauben“ bzw. „verbieten“. In dem 1941 erschienen Beitrag von *Donald Rugg*, der später immer wieder als Beispiel

2 Ein Versuch, das Material des Instituts für Demoskopie nachträglich ausführlicher im Kontext der wissenschaftlichen Methodenforschung auszuwerten, wurde eine Zeitlang von *Elisebeth Noelle-Neumann* in der Zusammenarbeit mit *Jürgen Hippler* und *Norbert Schwarz* unternommen. Nur ein Bruchteil aller Experimente wurde von ihnen freilich verwendet und publiziert.

3 Es fehlt nach wie vor an Grundlagenforschung in der Bundesrepublik, wie insbesondere von *Elisabeth Noelle-Neumann* zurecht betont worden ist (vgl. u.a. *Noelle-Neumann* 1998: 33). Zu einem ähnlichen Urteil – in einer z.T. freilich zu etwas optimistischen Darstellung der gegenwärtigen Forschungslage – siehe auch die DFG Denkschrift zu den Qualitätskriterien der Umfrageforschung (*Kaase* 1999). Mit der Schaffung von ZUMA ist zwar eine grundlegende Basis für entsprechende Methodenforschung gelegt worden. Doch diese allein reicht nicht aus. Andere Institutionen – besonders im Kontext von Universitäten - bedürfen einer verstärkten Beteiligung in der Methodenforschung, analog zu den Verhältnissen in den USA.

für große Effekte subtiler Variationen in den Frageformulierungen zitiert wird (vgl. u.a. *Payne* 1951: 57, *Friedrichs* 1973: 198, *Sudman* und *Bradburn* 1982:137, *Clark* und *Schober* 1992: 31, *Sudman* et al. 1996: 11) lautete die eine Version der Frage: „Do you think the United States should allow public speeches against democracy“. In der anderen Version hieß es: „Do you think that the United States should forbid public speeches against democracy?“ Auf die erste Frage hin meinten 62% der Befragten, öffentliche Reden gegen die Demokratie sollten nicht erlaubt sein, während 21% sich für eine Erlaubnis aussprachen und 17% keiner Meinung waren. In der Alternativfassung meinten 46%, öffentliche Reden gegen die Demokratie sollten verboten sein, und 39% gaben an, sie sollten nicht verboten sein. 15% waren ohne Meinung (*Rugg* 1941). Wir haben es mithin auf der einen Seite mit einem Anteil von 62% zu tun, der sich für ein „Verbot“ ausspricht, das andere Mal mit einem Anteil von 46% - obwohl es sich, so könnte man meinen, logisch gesehen um identische Fragen handelt.

Das hier genannte Beispiel wird nahezu in allen Lehrbüchern aufgeführt, in denen es darum geht, die Probleme subtiler Änderungen in der Wortwahl für das Antwortverhalten zu demonstrieren. Es ist vermutlich sogar das populärste Beispiel für Effekte von Frageformulierungen in der Methodenliteratur überhaupt. Doch die Frage ist, ob die Effekte auch in neuerer Zeit noch existieren. Und die Frage ist, worauf die Unterschiede in der Beantwortung im einzelnen zurückgehen. Die Umfrage, auf die *Donald Rugg* rekurriert, stammt aus der Zeit Ende der 30er Jahre. Was damals galt, muß heute nicht mehr gelten. Und was für die USA typisch war, muß nicht für andere Länder zutreffen.

Howard Schuman und *Stanley Presser* haben zu Beginn der 80er Jahre versucht, die zeitliche Stabilität des Fragephänomens für die USA zu klären und festgestellt, daß sich an dem prinzipiellen Effekt der damaligen Formulierungen für die USA nichts geändert hat. Darüber hinaus haben sie gezeigt, daß das Phänomen nicht nur bei der Originalfrage, sondern auch bei Fragen zu anderen Themen existiert (*Schuman* und *Presser* 1981). In einer Replikation, die in Deutschland durch *Hans Jürgen Hippler* und *Norbert Schwarz* vorgenommen wurde und einen ersten Versuch darstellt, den Effekt in anderem kulturellen Kontext zu prüfen, findet sich – anhand anderer Themen – ein ähnliches Muster wie in der Originaluntersuchung (*Hippler* und *Schwarz* 1986). Es wird auch in Untersuchungen bestätigt, die später im flämischen Teil Belgiens (*Waterplas* et al. 1988, *Loosveldt* 1997), in den Niederlanden (*Holleman* 2000) und in Neuseeland (*Gendall* und *Hoiek* 1990) durchgeführt wurden.

In einer Metaanalyse der verfügbaren Untersuchungen hat *Bregje Holleman* (1999, 2000) versucht, die Variationsbreiten der Unterschiede und deren Determinanten zu bestimmen. Als durchschnittlichen Effekt gibt er eine Differenz von 14 Prozentpunkten bei Vorgabe der „erlauben-verbieten“ Alternativen an (*Holleman* 1999: 31). Bei Fragen, die als beson-

ders komplex eingestuft wurden – wie die Originalfrage zu Reden gegen die Demokratie – waren die Unterschiede die größten. In der Tat ist gerade diese Frage verwirrend. Die freie Rede gilt als elementarer Bestandteil der Demokratie. Sich dagegen auszusprechen, bedeutet, elementare Grundsätze in Frage zu stellen. Andererseits ist zugleich offenkundig, daß es problematisch ist, jenen Personenkreisen einen Freiraum zu geben, die ihn zur Abschaffung der Demokratie nutzen wollen. Durch die Frage ist der einzelne gezwungen, die Prinzipien der Demokratie gegen die Prinzipien des Verbots antidemokratischer Kräfte abzuwägen und sich für eine Position zu entscheiden, die mit demokratischen Prinzipien in der einen oder anderen Weise in Konflikt gerät.

Gleichwohl ist ebenfalls sicher: selbst wenn man weniger komplexe Fragen wählt, stellen sich die Effekte in der Regel – wenn auch auf geringerem Niveau – ein. Sie sind bei jenen Personen am größten, die sich durch ambivalente Einstellungen auszeichnen und zur Meinungslosigkeit tendieren. Personen, die bei der Frage eine unentschiedene oder ambivalente Position einnehmen, unterliegen ihr am stärksten (vgl. *Hippler* und *Schwarz* 1986, *Waterplas* et al. 1988, *Loosveldt* 1997). Vermutlich ist dies auch der Grund, warum bei derartigen Fragen die Komplexität der Interaktion zwischen Befragten und Interviewer gewöhnlich zunimmt und sie nicht auf das bloße Vorlesen der Frage und die Antwort darauf beschränkt ist (vgl. *Loosveldt* 1997: 27).

Nun gibt es freilich mit der verwendeten Frageformulierung ein methodisches Problem: sie spezifiziert nicht die Alternativen. Nach den Regeln über die Konstruktion von Fragen sollte man die Alternativen explizit ausformulieren, um etwaige Suggestiveffekte, die aus der Nennung lediglich einer der Alternativen erwachsen können, auszuschalten (vgl. z.B. *Cantril* 1947: 35, *Sudman* und *Bradburn* 1982: 139). Nur dann, wenn man davon ausgehen kann, daß es sich um Themen handelt, bei denen jeder Befragte fest auskristallisierte Einstellungen hat und die nicht explizierte Alternative implizit im Bewußtsein präsent ist, darf man eine derartige Strategie der einseitigen Formulierung wählen. So ist denn im vorliegenden Fall nicht ausgeschlossen, daß es weniger die Verwendung der spezifischen Begrifflichkeiten als die einseitige Spezifikation der jeweiligen Alternativen ist, welche die entscheidende Ursache für das spezifische Antwortverhalten darstellt.

Dieses methodische Problem einer unzureichenden Frageformulierung blieb sowohl in der bisherigen Diskussion dieses Beispiels als auch der Praxis der Replikation unbeachtet - obwohl bereits früh darauf hingewiesen wurde. So vermerkt *Stanley Payne* in seinem 1951 erschienenem, klassischen Werk über „The art of asking questions“ (*Payne* 1951: 57) im Hinblick auf das erwähnte Beispiel, daß es interessant gewesen wäre, die Antworten auf eine Frage zu erfahren, in der die beiden Alternativen ausformuliert sind („allow or forbid public speeches“). Auf jeden Fall sei es sicherer, beide Alternativen zu spezifizieren, um etwaige einseitige Antworten auszuschalten. Eine Untersuchung, in der die Formulierung

gen explizit die *beiden* Alternativen enthalten und der Fragestellung „nicht erlauben“ vs. „verbieten“ nachgegangen ist, gibt es freilich bis heute nicht, weder in den USA noch in der Bundesrepublik.

3. Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Im folgenden soll nachgeholt werden, was bislang unterblieben ist. Es soll untersucht werden, welche Effekte aus den unterschiedlichen Formulierungen in Umfragen der Allgemeinbevölkerung erwachsen, wenn man die Standards für Frageformulierungen durch Nennung der jeweiligen Alternativen einhält. Darüber hinaus soll geklärt werden, wie sehr das Antwortverhalten durch die Bildung und die kognitive Kompetenz der Befragten beeinflusst wird.

Die beiden Formulierungen, die in unserer Untersuchung im Rahmen eines Split-Ballot Experiments – mit zufälliger Verteilung der beiden Fassungen auf die Hälfte der Befragten – eingesetzt wurden, lauteten: „Sollte Ihrer Ansicht nach der Gesetzgeber ausländerfeindliche Organisationen erlauben oder verbieten?“ sowie „Sollte Ihrer Ansicht nach der Gesetzgeber ausländerfeindlicher Organisationen erlauben oder nicht erlauben?“. Als Antwortkategorien standen zur Verfügung „Erlauben – Verbieten“ bzw. „Erlauben – Nicht erlauben“ sowie als Residualkategorie (nur für den Interviewer erkennbar) „Sonstiges“. Empirische Basis ist eine face-to-face Befragung der Allgemeinbevölkerung in Düsseldorf und Umgebung auf der Basis einer Quotenstichprobe, bei der die Merkmale Geschlecht, Alter (in der Kategorisierung 18-29, 30-44, 45-59 und 60+) sowie Bildung vorgegeben wurde (nicht mehr als ein Fünftel der Befragten sollten über eine höhere Schulbildung verfügen).

Bei der Bestimmung der Quotenmerkmale orientierten wir uns an der Zusammensetzung der Bevölkerung in Düsseldorf, räumten dem Interviewer jedoch von vornherein die Möglichkeit ein, ersatzweise auch Personen außerhalb Düsseldorfs zu befragen. Interviewer waren Studenten der Sozialwissenschaften.⁴ Totalfälschungen, Teilfälschungen oder Verstöße gegen die Quotenbestimmungen (die nicht als solche im Fragebogen gekennzeichnet waren) kamen nach den Ergebnissen einer anonymen Nachbefragung der Interviewer in vernachlässigenswertem Maße vor. Die Stichprobe nähert sich der Verteilung in Düsseldorf an, ist damit jedoch nicht identisch, da die Quotenvorgaben nicht immer eingehalten wurden oder eingehalten werden konnten (z.B. wenn sich am Ende der Interviews die als richtig unterstellte Zuordnung als fehlerhaft erwies). Diese Verletzungen der Quotenvorga-

4 Es waren jeweils fünf Interviews mit dem vorgegebenen Fragebogen gemäß Quotenplan durchzuführen. Eingebettet war die Erhebung in eine Methodenveranstaltung (Erhebungsverfahren in der Sozialwissenschaft I), bei der es darum ging, auch praktische Erfahrungen mit der Durchführung von Interviews zu sammeln und darüber einen Feldbericht zu verfassen.

ben sind in unserem Fall – in dem es um methodische Aspekte von Frageformulierungen geht – freilich ohne größere Bedeutung. Sie verschieben etwas die Zusammensetzung der Befragten im Vergleich zur Wohnbevölkerung, eine grundlegende Änderung in der Zusammensetzung besteht jedoch nicht. Die Erhebung fand im Frühjahr 2000 statt. Befragt wurden 616 Personen im Alter von 18 Jahren und älter. Rund die Hälfte der Befragten stammt von außerhalb der Stadt Düsseldorf.⁵

4. Ergebnisse

Wie man Tabelle 1 entnehmen kann, macht es unter Befragten – wie erwartet – einen Unterschied, welche der beiden Fragefassungen verwendet wird. Wenn man die Begrifflichkeiten „Erlauben vs. Nicht erlauben“ wählt, sprechen sich 8% für ein Erlauben aus. Und wenn man die Begrifflichkeiten „Erlauben vs. Verbieten“ benutzt, sind es 14%. Parallel dazu sinkt der Anteil derer, die sich für ein Verbot aussprechen. Der Anteil derer, die sich für sonstige Nennungen entscheiden, bleibt mit einem Wert zwischen 8 und 10% im wesentlichen gleich. Cramérs V liegt mit .11 zwar relativ niedrig, ist aber statistisch auf dem 5% Niveau signifikant. Offenbar gibt es tatsächlich den Effekt, der von den Autoren früherer Arbeiten (auf der Basis weniger stringenter Formulierungen) beschrieben wurde.

Tabelle 1: Antwortmuster nach Fragefassung (in %)

	Erlauben vs. Nicht erlauben	Erlauben vs. Verbieten	Insgesamt
Erlauben	8	14	11
Nicht erlauben/ Verbieten	82	78	80
Sonstiges	10	8	9
	100	100	100
(N=)	(311)	(305)	(616)

Frageformulierung:

„Sollte Ihrer Ansicht nach der Gesetzgeber ausländerfeindliche Organisationen erlauben oder nicht erlauben?“ – „Sollte Ihrer Ansicht nach der Gesetzgeber ausländerfeindliche Organisationen erlauben oder verbieten?“

5 Von den Befragten leben 50% in Düsseldorf, die übrigen in anderen Städten und Gemeinden (meist NRW). 48% sind Männer und 52% Frauen, 19% sind im Alter zwischen 18-29 Jahren, 28% 30- 44, 26% 45-59 und 28% 60 Jahre und älter. 34% haben Volks- oder Hauptschulabschluss, 24% Realschulabschluss oder Fachhochschulreife/ Abschluss einer Fachoberschule, 24% Abitur.

Bemerkenswerterweise ist der Effekt, gemessen an der Prozentpunktdifferenz zwischen den beiden alternativen Formulierungen, in unserer Untersuchung geringer als in der ursprünglichen amerikanischen Untersuchung und deren Replikationen. In der Metaanalyse von *Holleman* (1999, 2000) lagen die Differenzen bezogen auf die Befragten mit Meinungsäußerung, durchschnittlich bei 14 Prozentpunkten – bei einer erheblichen Variationsbreite zwischen 3 und 27 Prozentpunkten. Ein Grund dafür, dass unsere Werte unter dem Durchschnitt liegen, mag in der erfragten Thematik liegen. Ein anderer mag sein, daß die Antwortverteilung schief ist als in den meisten anderen Studien und das Spektrum an Variationsmöglichkeiten dadurch stärker eingeschränkt wird. Der womöglich gewichtigere Grund jedoch ist, daß wir die jeweiligen Alternativen ausformulierten. Dadurch dürfte der Suggestiveffekt, der bei einseitigen Formulierungen erwachsen kann, nicht zur Geltung gelangt sein.

Den Befunden unserer Untersuchung ist zu entnehmen, daß es – ebenso wie in der amerikanischen Untersuchung – einen bedeutsamen Teil an Befragten gibt, der sich nicht für eine der beiden impliziten bzw. expliziten Alternativen entscheidet. In der Untersuchung von *Rugg* waren es 15-17%, die als „ohne Meinung“ eingestuft wurden. In der Replikationsuntersuchung von *Schuman* und *Presser* hingegen belief sich der entsprechende Wert auf 6% (*Schuman* und *Presser* 1981: 277). In unserem Fall liegt der Anteil derer, die bei der Frage nach dem Nicht erlauben bzw. Verbieten unter die Rubrik „Sonstiges“ gefaßt wurden, zwischen 8 und 10%. Die Antwortkategorien „ohne Meinung“ und „sonstiges“ dürften in etwa gleichgesetzt werden können: zum einen, weil Personen ohne Meinung in unserer Untersuchung unter die Kategorie „Sonstiges“ fallen. Und zum anderen, weil anzunehmen ist, daß in der von *Rugg* zitierten Untersuchung die Befragten, die sonstige Nennungen abgaben, in Ermangelung anderer Kategorien vom Interviewer unter die Rubrik „Ohne Meinung“ subsummiert wurden. Hätte man die Befragten ermuntert, sich meinungslos zu geben – etwa durch explizite Spezifikation dieser Alternative wie in einigen der neueren Studien – , wären die Werte zweifellos höher ausgefallen.

Wenn man davon ausgeht, daß „erlauben“ und „nicht verbieten“ logisch äquivalente Ausdrücke sind und schlechter Gebildete und ebenso Personen mit wenig auskristallisierten Einstellungen stärker durch oberflächliche Variationen in den Formulierungen beeinflusst werden, müßten schlechter Gebildete und Personen mit wenig auskristallisierten Einstellungen stärker auf die unterschiedlichen Fragefassungen antworten. Die beiden anfälligen Gruppen müßten sich dabei in gewissem Maße überschneiden – gilt doch, daß sich Meinungslosigkeit und wenig auskristallisierte Einstellungen überproportional bei den schlechter Gebildeten finden (Vgl. *Converse* 1964). In der Untersuchung von *Schuman* und *Presser* ergibt sich in der Tat eine solche Tendenz in Abhängigkeit von der Bildung für die von ihnen eingesetzte Originalfrage. Die Autoren deuten dies als Zeichen dafür, daß verbale

Verwirrung und nicht verbale Präzision den Grund für die unterschiedliche Beantwortung darstellt (*Schuman* und *Presser* 1981: 278ff).⁶

Doch ob diese Aussage auch dann noch Gültigkeit hat, wenn man die jeweiligen Alternativen, wie in unserer Studie, ausformuliert, ist eine offene Frage. Denn besonders gegenüber nicht ausformulierten Alternativen haben sich schlechter Gebildete als anfällig erwiesen. Sie neigen überproportional dazu, Statements zuzustimmen und Erwünschtheitseffekte in der Befragungssituation zu zeigen (*Martin* 1983: 713 f., *DeMaio* 1984: 273, *Schräpler* 1996: 56). Die Zustimmungstendenz wird in der Literatur als typische Reaktion in unstrukturierten Situationen – als „Ergebenheit“ gegenüber dem Interviewer – interpretiert (vgl. *Esser* 1974: 128). Würde diese Tendenz auch im vorliegenden Fall wirksam, so wären die beobachteten Unterschiede nicht Folge der unterschiedlichen Begriffsverwendung „erlauben“ bzw. „verbieten“, sondern der Einseitigkeit in der Spezifikation von Antwortalternativen.

Wie man Tabelle 2 entnehmen kann, unterscheiden sich die Ergebnisse unserer Untersuchung in der Tat grundsätzlich von denen von *Schuman* und *Presser*: nicht die schlechter, sondern die besser Gebildeten – diejenigen mit mittlerer Reife oder Abitur – antworten je nach Fragespezifikation unterschiedlich. Dieser Befund weckt Zweifel an der Deutung, geringe kognitive Kompetenz sei in erster Linie für die Effekte bei diesen Fragevariationen verantwortlich. Und die Daten aus unserer Studie, die sich auf die kognitive Kompetenz der Befragten bezieht, scheinen diesen Zweifeln weiter Recht zu geben. Grundlage ist die Einstufung des Befragten am Schluss des Interviews durch den Interviewer nach dem „generellen Verständnis der Fragen“. Als Antwortkategorien wurden vorgegeben „sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, keine Einschätzung/weiß nicht“. Fassen wir „mittelmäßig und schlecht“ aus Gründen der Fallzahlen zusammen und klammern die Befragten aus, die sich zwischen den beiden Alternativen nicht entscheiden konnten (und vom Interviewer in die Kategorie „sonstiges“ eingestuft wurden), zeigt sich: Es sind die Personen mit der *höchsten* – und nicht etwa die mit der geringsten – kognitiven Kompetenz, welche die stärksten Effekte der unterschiedlichen Formulierungen aufweisen. Die Differenz beläuft sich auf einen Wert von 13 Prozentpunkten, bei den Befragten mit niedriger Sprachkompetenz sind die Differenzen weitaus niedriger.

6 In der Replikation der Fragekonstruktion anhand anderer Themen finden *Schuman* und *Presser* keine Bildungseffekte mehr. Bei näherer Betrachtung lässt sich jedoch auch bei diesen anderen Themen von der Tendenz her der stärkste Effekt bei den schlechter Gebildeten nachweisen, selbst wenn statistische Signifikanz nicht erreicht wird (dazu vgl. auch *Narayan* und *Krosnick* 1996). In keiner der herangezogenen Beispiele erweisen sich die besser Gebildeten als diejenigen, die stärker auf die unterschiedlichen Fragefassungen reagieren.

Tabelle 2: Anteil für Antwort „Erlauben“ nach Fragefassung, Bildung und Fragenverständnis (in %)

	Erlauben vs. Nicht erlauben	Erlauben vs. Verbieten	Prozentpunktdifferenz
<i>Bildung</i>			
Hauptschule	9 ₍₁₀₁₎	12 ₍₈₆₎	+3
Realschule, Fach- hochschulreife	5 ₍₁₀₉₎	13 ₍₁₁₈₎	+8
Abitur	14 ₍₆₄₎	21 ₍₆₈₎	+7
<i>Frageverständnis</i>			
Mittelmäßig, Schlecht	11 ₍₆₄₎	14 ₍₅₁₎	+3
Gut	9 ₍₁₃₀₎	11 ₍₁₁₆₎	+2
Sehr gut	7 ₍₈₉₎	20 ₍₁₀₈₎	+13

Aufgeführt ist der Anteil derer, die sich für „Erlauben“ aussprechen. Die Befragten für „Nicht erlauben/Verbieten“ stellen den anderen Teil dar. Die Befragten mit der Angabe „Sonstiges“ sind aus der Berechnung ausgelassen. Die Befragtenbasis ist in Klammern vermerkt.

Nun liegt ein Spezifikum unserer Untersuchung darin, daß eine Reihe von Wissensfragen nicht nur zu realen, sondern auch zu fiktiven Sachverhalten gestellt wurde: so waren in einer Liste zur Bewertung von Landespolitikern in NRW zwei fiktive Politiker aufgeführt, **Dieter Köstriz** und **Volker Kutschke** (vgl. dazu auch **Reuband** 2001). Und in einer weiteren Frage wurde nach der Beurteilung einer fiktiven Entscheidung der Bundesregierung gefragt, der „Kontra-Kompetenz-Reform“. Theoretisch wäre denkbar, daß die Interviewer (die über die Existenz fiktiver Wissensfragen nicht aufgeklärt waren) die Befragten mit „Pseudo-Opinions“ als kognitiv inkompetenter einstufen als die Befragten, die sich über diese Politiker und die fiktive Reform irritiert zeigten.

Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Beurteilung der Kompetenz ist, wie weitere Analysen belegen, von der Neigung zu Pseudo-Opinions unabhängig. Berechnet man die Beziehungen zwischen kognitiver Kompetenz bzw. Bildung einerseits und Stärke der Effekte bei der Frageformulierung andererseits unter Kontrolle der Neigung zu „Pseudo-Opinions“ ändert sich daher auch nichts an dem zuvor beschriebenen grundlegenden Muster: die kognitiv Kompetenten und die Befragten mit mittlerer und höherer Bildung weisen weiterhin die

größten Effekte auf. Wenn weiter nach Kompetenz und nach Bildung differenziert wird, kristallisieren sich vor allem die Befragten mit hoher Kompetenz und mit mittlerer Bildung als diejenigen heraus, die maßgeblich für den beobachteten Effekt verantwortlich sind. Tendenziell ähnliche, wenn auch schwächere Effekte treten bei den als kompetent eingestuften Befragten mit Hauptschulbildung bzw. Abitur auf. Unter den übrigen Befragten – mit „guter“ oder „mittlerer“ Kompetenz sind die Effekte demgegenüber minimal oder nicht existent, ungeachtet des Bildungsniveaus.

Was bedeutet dies? Es bedeutet, daß die kognitive Kompetenz einen Einfluss bei allen Bildungsgruppen ausübt, auch wenn der Effekt nach Bildungsniveau in der Stärke variiert. Setzt man Kompetenz bei der Beantwortung der Fragen mit der Kompetenz für Sprache gleich, so nehmen offenbar die sprachlich Versierteren eine stärkere Unterscheidung vor, je nachdem welcher Begriff gewählt wird. „Nicht erlauben“ und „verbieten“ erscheinen ihnen in gewissem Maße als Begriffe, die sich im Konnotationsraum durch unterschiedliche Restriktionen auszeichnen. Wahrscheinlich ist es, daß der Begriff des „Verbots“ stärker die Gesetzgebungsebene anspricht als der Begriff des „Nicht erlauben“. Letzterer könnte mehr die informelle Normenebene beinhalten, die von der Gesellschaft, nicht aber vom Gesetzgeber geprägt wird. Aus dieser Sicht könnten die unterschiedlichen Begriffe – obwohl auf den ersten Blick logisch identisch – von einem Teil der Befragten als Begriffe für substantiell verschiedene Sachverhalte wahrgenommen worden sein oder zumindest als Positionen, die auf dem Kontinuum der Antwortmöglichkeiten unterschiedliche Distanzen zum mittleren Wert der Einstellung einnehmen.⁷

5. Schlussbemerkungen

Wie wir am Beispiel der Formulierungen „Nicht erlauben“ vs. „Verbieten“ gezeigt haben, antworten Befragte je nach Begriffsverwendung der Frage unterschiedlich. Dabei reicht es, daß sich eine der beiden Alternativen unterscheidet, die andere (in diesem Fall „erlauben“) in beiden Fassungen jedoch identisch ist. Offenbar wird der kognitive Bezugsrahmen bei der Beantwortung bereits durch den bloßen Austausch einer der beiden Alternativen geändert. Besonders beim Vergleich von Studien, die mit unterschiedlichen Begriffen für das „Verbieten“ arbeiten – z.B. in Studien zum Normen- und Rechtsbewußtsein – ist daher Vorsicht angeraten.

7 Siehe in diesem Zusammenhang auch *Clark* und *Schober*, die meinen, dass die Option für „verbieten“ einen realen Akt der Opposition darstellt, während das „Nicht erlauben“ bedeutet, sich lediglich der Unterstützung zu enthalten (*Clark* und *Schober* 1992:31). Sie gehen freilich in Anlehnung an *Hippler* und *Schwarz* (1986) davon aus, dass die Diskrepanzen bei den Befragten, die in dieser Frage unentschieden sind, am größten sind. Dies würde die starken Effekte bei den schlechter Gebildeten erwarten lassen, die gewöhnlich – gerade auch in politischen Fragen (*Converse* 1964) – eher meinungslos sind. Zur Frage der Begrifflichkeiten und des Antwortverhaltens siehe auch *Holleman* (2000).

Im Gegensatz zu herkömmlichen Vermutungen sind es in unserer Studie nicht die schlechter Gebildeten und die kognitiv Inkompetenten, sondern die besser Gebildeten und kognitiv Kompetenten, die am stärksten auf die beiden Fragefassungen reagieren. Dies wirft neue Fragen bei der Interpretation von Befunden auf. Wenn unterschiedliche Begriffe für gleiche Sachverhalte Konsequenzen auf der Antwortebene haben, dann ist dies offenbar seltener als bisher vermutet als Hinweis für das Vorliegen wenig auskristallisierter Einstellungen anzusehen. Statt dessen könnte es Ausdruck einer besonderen sprachlichen Kompetenz im Umgang mit den gestellten Fragen sein.

Die Tatsache, daß im Fall der gewählten Frageform frühere Studien andere Befunde erbrachten, mag ihre Ursache in erster Linie darin gehabt haben, daß die jeweilige Alternative in den Fragen nicht expliziert wurde. Gleiches könnte für den Befund gelten, wonach Personen mit ambivalenten oder unentschiedenen Einstellungen am stärksten durch die unterschiedlichen Fragealternativen beeinflusst werden. Denn Personen mit wenig auskristallisierten Einstellungen unterliegen derartigen Frageeffekten am ehesten. Die früheren Frageexperimente über die Varianten des „Erlauben oder Verbieten“ testeten damit womöglich etwas ganz anderes als ursprünglich intendiert – nämlich die Bedeutung von einseitig ausformulierten Alternativen.⁸

Die Tatsache, daß im vorliegenden Fall die mittlere und nicht die höchste Bildungsgruppe die größten Effekte aufweist (wenn auch die Unterschiede zwischen beiden minimal sind), ist – wenn man das Argument kognitiver Kompetenz ernst nimmt – gleichwohl unerwartet. Es könnte sein, daß hier noch eine weitere, bislang nicht beachtete Dimension wirksam wird: die der demonstrativen Kompetenz im Kontakt mit dem Interviewer. Unter Umständen sind es die mittleren Bildungsgruppen – die am ehesten den besser Gebildeten nahe stehen und sich in ihren Aspirationen an ihnen orientieren (vgl. u.a. *Laumann* 1966: 67, *Reuband* 1974: 81ff., 40ff.) – die sich hier durch eine ausgeprägte sprachliche Distinguiertheit auszuzeichnen versuchen, um gegenüber dem Interviewer kompetent zu erscheinen. Hätte man nicht Studenten als Interviewer, sondern Personen aus der gleichen Schicht wie die Befragten eingesetzt, wäre dieser Effekt möglicherweise nicht oder in schwächerer Form aufgetreten. Träfe diese Vermutung zu, so wäre der beobachtete Effekt nicht allein auf der sprachlichen Ebene angesiedelt, sondern würde seine volle Wirksamkeit erst in der jeweiligen Interviewer-Befragten-Konstellation entfalten.

⁸ Dieser Frage wird derzeit von uns im Rahmen eines weiteren Experiments nachgegangen, bei dem die ursprüngliche Frageformulierung von *Rugg* mit Varianten verglichen wird, in denen die Alternativen ausformuliert sind.

Literatur:

- Cantril, H.**, 1947: Gauging public opinion. Princeton: Princeton University Press
- Clark, H.H.** und **M.F. Schober**, 1992: Asking questions and influencing answers. In: **J.M. Tanur**, (Hrsg.) Questions about questions. Inquiries into the cognitive bases of surveys. New York: Russel Sage Foundation, S.15-48
- Converse, P.**, 1964: The nature of belief systems in mass publics. In: **D. Apter**, (Hrsg.) Ideology and discontent. New York: Free Press, S. 206-261
- De Maio, T.J.**, 1984: Social desirability and survey measurement: A review. In: **Turner, C.F.** und **E. Martin**, (Hrsg.) 1993: Surveying subjective phenomena, Vol. 2, New York: Russell Sage Foundation, S.257-282.
- Esser, H.**, 1974: Der Befragte. In: **Koolwijk, J.v.** und **M. Wieken-Mayser**, (Hrsg.) Techniken der empirischen Sozialforschung. Bd. 6, München: Oldenbourg Verlag, S.107-145
- Friedrichs, J.**, 1973: Methoden empirischer Sozialforschung. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt
- Gendall, P.** und **J. Hoek**, 1990: A question of wording. In: Marketing Bulletin, 1, S. 25-36
- Hippler, H.J.** und **N. Schwarz**, 1986: Not forbidding isn't allowing: the cognitive basis of the forbid – allow asymmetry. In: Public Opinion Quarterly, 50, S.87-96
- Holleman, B.**, 1999: Wording effects in survey research. Using meta analysis to explain the forbid-allow asymmetry. In: Journal of Quantitative Linguistics, 6, S. 29-40
- Holleman, B.**, 2000: The forbid/allow asymmetry. On the cognitive mechanisms underlying wording effects in surveys. Amsterdam-Atlanta: Radopi
- Kaase, M.**, (Hrsg.) 1999: Qualitätskriterien der Umfrageforschung: Denkschrift. Berlin: Akademie Verlag
- Krosnick, J.A.**, 1992: Impact of cognitive sophistication and attitude importance. In: **N. Schwarz** und **S. Sudman**, (Hrsg.) Context effects in social and psychological research. New Jersey: Springer, S. 203-218
- Laumann, E.**, 1966: Prestige and association in an urban community. Indianapolis: Bobbs Merrill
- Loosveldt, G.**, 1997: Interaction characteristics in some question wording experiments. In: Bulletin de Methodologie Sociologique, 56, S. 20-31
- Lyberg, L., P. Biemer, M. Collins, E. de Leeuw, C. Dippo, N. Schwarz** und **D. Trewin**, (Hrsg.) 1997: Survey measurement and process quality. New York: Wiley
- Martin, E.**, 1983: Surveys as social indicators: problems in monitoring trends. In: **Rossi, P.H., J.D. Wright** und **A.B. Anderson**, (Hrsg.) Handbook of survey research. San Diego: Academic press, S.677-743
- Narayan, S.** und **J.A. Krosnick**, 1996: Education moderates some response effects in attitude measurement. In: Public Opinion Quarterly, 60, S. 58-88
- Noelle-Neumann, E.**, 1998: Einsatz und Qualifikation der Interviewer als Qualitätsmerkmal der Umfrageforschung. In: Statistisches Bundesamt, (Hrsg.) Interviewereinsatz und -qualifikation. Stuttgart: Metzler-Poeschel, S.10-50
- Noelle-Neumann, E.** und **Th. Petersen**, 1998: Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. 2. Aufl., München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Payne, S.L.**, 1951: The art of asking questions. Princeton, New Jersey: Princeton University Press
- Reuband, K.-H.**, 1974: Differentielle Assoziation und soziale Schichtung. Dissertation im Fachbereich Philosophie, Sozialwissenschaften. Hamburg: Dissertationsdruck

- Reuband, K.-H.**, 2001: Politische Ignoranz und vorgetäushtes Wissen. Über die Bewertung von Politikern in allgemeinen Bevölkerungsbefragungen. Unveröffentlichtes Manuskript. Sozialwissenschaftliches Institut, Universität Düsseldorf.
- Rugg, D.**, 1941: Experiments in wording questions. In: *Public Opinion Quarterly*, 5, S.91-92
- Rugg, D.** und **H. Cantril**, 1965: Die Formulierung von Fragen. In: **König, R.**, (Hrsg.) *Das Interview*. Köln: Kiepenheuer&Witsch, S. 86-114
- Schräpler, J.-P.**, 1996: Response Style and Response Set. Eine Längsschnittuntersuchung zu den Zufriedenheits- und Einstellungsfragen im Sozioökonomischen Panel. WZB-Veröffentlichungen FS III 96-405, Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Schuman, H.** und **Presser, S.**, 1981: Questions and answers in attitude surveys. Experiments in question form, wording and context. New York: Academic Press.
- Schwarz, N.** und **S. Sudman**, 1996: Answering questions. Methodology for determining cognitive and communicative process in survey research. San Francisco: Jossey-Bass
- Sirken, M.G., D.J. Hermann, S. Schechter, N. Schwarz, J.M. Tanur** und **R. Tourangeau**, (Hrsg.) 1999: Cognition and survey research. New York: Wiley
- Steinkamp, G.**, 1980: Klassen- und schichtenanalytische Ansätze in der Sozialisationsforschung. In: **H. Hurrelmann** und **D. Ulich**, (Hrsg.) *Handbuch der Sozialisationsforschung*. Weinheim und Basel: Beltz, S. 252-284
- Sudman, S.** und **N. Bradburn**, 1982: Asking questions. A practical guide to questionnaire design. San Francisco: Jossey-Bass
- Sudman, S., N.M. Bradburn** und **N. Schwarz**, 1996: Thinking about answers: the application of cognitive processes to survey methodology. San Francisco: Jossey-Bass
- Tanur, J.M.**, (Hrsg.) 1992: Questions about questions: inquiries into the cognitive bases of surveys. New York: Russel Sage Foundation
- Turner, C.F.** und **Martin, E.** (Hrsg.) 1984: Surveying subjective phenomena, Vol. 1, New York: Russel Sage Foundation
- Waterplas, L., J. Billiet** und **G. Loosveldt**, 1988: De verbieden versus niet toelaten asymmetrie. Een stabiele formuleringseffect in survey-onderzoek? In: *Mens en Maatschappij*, 63, S. 399-417